

1 **Europa braucht mehr Wachstum und Arbeitsplätze - Mehr Wettbewerbsfähigkeit** 2 **durch Rückbau von Bürokratie und Überregulierung**

3 Durch die Schaffung eines Binnenmarkts und den Abbau von Handelsbarrieren sowie
4 Handelsabkommen hat sich die EU in den letzten Jahrzehnten sowohl innerhalb Europas als
5 auch international zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt. Dies hat Arbeitsplätze und
6 Wachstum für unsere Bürger geschaffen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer
7 Unternehmen gesteigert. Seit Beginn dieses Jahrhunderts ist das Wachstum in Europa jedoch
8 hinter anderen Regionen der Welt zurückgefallen. Der Abstand zwischen den USA und der EU
9 beim BIP hat sich von 17 % im Jahr 2002 auf 30 % im Jahr 2023 vergrößert. Der Hauptgrund
10 für diese Verschlechterung ist die geringere Produktivität in der EU, die zu einem langsameren
11 Einkommenswachstum und einer schwächeren Binnennachfrage führt. In letzter Zeit ist der
12 internationale Handel unter Druck geraten, was viele exportorientierte Sektoren unserer
13 Wirtschaften zusätzlich belastet. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und der
14 anschließende Anstieg der Energiepreise haben die wirtschaftlichen Prognosen in Europa
15 weiter verschlechtert.

16 Dem Draghi-Bericht zufolge belasten wir die europäischen Unternehmen weiterhin mit
17 Vorschriften, die vor allem für KMU kostspielig und in den digitalen Sektoren selbstzerstörend
18 wirken. Mehr als die Hälfte der KMU in Europa bezeichnen regulatorische Hindernisse und
19 den Verwaltungsaufwand als ihre größte Herausforderung. Eine Regulierung kann für
20 Unternehmen von Vorteil sein, bspw. indem sie unterschiedliche nationale Vorschriften
21 harmonisiert oder durch technische Regeln die Umsetzung eines Rechtsrahmens in der
22 gesamten EU in der Praxis festlegt. Sie kann jedoch auch zu zahlreichen zusätzlichen Pflichten
23 und Belastungen für die Unternehmen führen, die sich mit der Zeit summieren. Die
24 Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit solcher zusätzlichen Anforderungen sollten sorgfältig
25 und umfassend geprüft und mit „Praktikern“ (d.h. den Unternehmen, die sie umsetzen
26 müssen) abgeglichen werden. Etwaige Überschreitungen sollten im Rahmen einer
27 entschlossenen, ambitionierten und umfassenden Agenda für eine bessere Regulierung und
28 Vereinfachung mit einem konkreten und verbindlichen Aktionsplan, der alle Institutionen
29 einbezieht, rasch abgebaut werden. Den düsteren Aussichten für die europäische Wirtschaft
30 müssen wir durch einen klaren Fokus auf mehr Wettbewerbsfähigkeit sowie auf weniger und
31 gezieltere Regulierung entgegentreten. Wir müssen sicherstellen, dass Europa ein führender
32 Standort für Investitionen, Technologien und Arbeitsplätze bleibt. Zur Vollendung des
33 Binnenmarktes ist insbesondere der freie Verkehr von Dienstleistungen unerlässlich, um
34 weiteres Wachstum sicherzustellen.

35 Wir setzen uns für einen substanziellen Rückbau von Bürokratie und Regulierung ein. In
36 diesem Zusammenhang begrüßen wir die Initiativen der Europäischen Kommission zur
37 Verringerung des Verwaltungsaufwands. Mit der REFIT-Plattform, dem KMU- und
38 Wettbewerbsfähigkeitscheck, den „Reality Checks“, bei denen bestehende und künftige
39 Vorschriften mit Unternehmen getestet werden, der digitalen Koordinierung des
40 Gesetzgebungsverfahrens, den Reformen des Europäischen Semesters und der Verpflichtung,
41 die Berichterstattungspflichten für jeden Kommissar um 25 % und für KMU um 35% zu

42 senken, sowie mit dem für Ende Februar 2025 angekündigten Vorschlag für ein „Omnibus-
43 Vereinfachungspaket“, unternimmt die Kommission richtige Schritte zum Abbau von
44 Bürokratie. Aber wir müssen noch weiter gehen und noch mutiger sein. Denn überbordende
45 Regulierung und Bürokratie sind heute der Hauptgrund dafür, dass die Produktivität der EU
46 weiter hinter die der USA und Chinas zurückfällt.

47 Daher fordern wir eine Überarbeitung der noch umzusetzenden Rechtsvorschriften,
48 einschließlich der delegierten Rechtsakte und der Durchführungsrechtsakte, und dass das
49 Prinzip „one in, two out“ - d.h. für jede neue belastende Regelung müssen zwei alte, noch
50 wirksame Regelungen abgeschafft werden -, konsequent umgesetzt wird.

51 Die Rechtsvorschriften zur Nachhaltigkeit von Unternehmen, wie die Richtlinie über die
52 Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD) und die Richtlinie über die
53 Sorgfaltspflicht von Unternehmen (CSDDD), erweisen sich als übertrieben und belastend, mit
54 immensen Auswirkungen auf die europäischen KMU. Die Umsetzung der CSRD und der
55 CSDDD sowie der damit zusammenhängenden Rechtsvorschriften, einschließlich der EU-
56 Taxonomie-Verordnung und des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM), sollte für
57 mindestens zwei Jahre ausgesetzt werden. In dieser Zeit sollte eine Omnibus-Verordnung den
58 Anwendungsbereich dieser Gesetze auf die größten Unternehmen mit mehr als 1.000
59 Beschäftigten beschränken, die indirekte Auswirkungen auf KMU beseitigen,
60 Gesetzesüberschneidungen, die derzeit zu einer doppelten Berichterstattung führen,
61 angleichen und die Berichtspflichten für große Unternehmen um mindestens 50 % deutlich
62 reduzieren. Dies würde Rechtssicherheit für alle betroffenen Unternehmen schaffen und
63 langfristig den bürokratischen Aufwand verringern.

64 Wir setzen uns für eine umfassende Überprüfung ein, wo bestehende digitalpolitische
65 Regelungen vereinfacht werden können. Im Rahmen der einjährigen Prüfung, ob der
66 erweitere digitale Besitzstand die Bedürfnisse und Einschränkungen von KMU und kleinen
67 Midcap-Unternehmen angemessen widerspiegelt, sollen digitalpolitische Regulierungen, wie
68 der AI-Act, auf Überschneidungen und Konflikte mit anderen horizontalen EU-Digitalgesetzen,
69 wie dem DSA, dem Data Act, der GDPR (Datenschutz-Grundverordnung), aber auch mit
70 bestehenden sektoralen Regulierungen hin untersucht werden.

71 Wir streben eine Vereinfachung und Straffung der militärischen Entwicklung und Beschaffung
72 im Sinne eines echten Binnenmarktes für Verteidigungsgüter an.

73 Wir treten übermäßiger Regulierung und Bürokratie für die Land- und Forstwirtschaft auf
74 allen Ebenen, von der EU-Ebene bis zur lokalen Ebene, entgegen. Wir fordern weitere
75 Vereinfachungen bei Themen wie Flächenstilllegungen oder Pestiziden sowie bei der
76 Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung.

77 Darüber hinaus muss der Ausschuss für Regulierungskontrolle durch strenge Garantie seiner
78 Unabhängigkeit gestärkt werden. Er sollte zu Beginn jedes Gesetzgebungsverfahrens eine
79 obligatorische „Kohärenz-, Bürokratie-, Wettbewerbs- und Subsidiaritätsprüfung“
80 durchführen. Alle Bedenken hinsichtlich der Qualität der Folgenabschätzungen müssen allen

81 politischen Entscheidungsträgern gegenüber kenntlich gemacht und von ihnen abgewogen
82 werden. Darüber hinaus müssen solide Folgenabschätzungen vor der Unterbreitung eines
83 jeden Regelungsvorschlags durchgeführt werden. Die Trilogverfahren müssen reformiert
84 werden, um mehr Transparenz und demokratische Rechenschaftspflicht zu schaffen,
85 einschließlich gezielter Folgenabschätzungen von Änderungen im Gesetzgebungsverfahren.

86 Auf nationaler Ebene sollte die Übererfüllung europäischer Vorgaben (sog. „Gold Plating“)
87 beendet werden. Dazu sollten nationale Regelungen in den EU-Mitgliedstaaten, die über
88 europäisches Recht hinausgehen, zurückgenommen werden. Wo immer möglich, sollte jede
89 künftige Übererfüllung in geeigneter Weise, z.B. durch maximale Harmonisierung, verhindert
90 werden. EU-Richtlinien sollten grundsätzlich nicht über eine 1:1-Umsetzung auf nationaler
91 Ebene hinausgehen, sondern auf das vorgesehene Mindestmaß an Regulierung beschränkt
92 werden. Eine parallele Regulierung auf europäischer und nationaler Ebene soll wo immer
93 möglich vermieden werden.

94 Der Umgang mit Daten auf allen Ebenen soll dem „Once-only“-Prinzip folgen, demzufolge die
95 Bürger und die Unternehmen dieselben Daten nur einmal zur Verfügung stellen müssen.

96 Das gesamte öffentliche Vergaberecht muss überprüft und vereinfacht werden. Um das
97 richtige Gleichgewicht zwischen der Wirksamkeit bei der Öffnung des Binnenmarktes, der
98 Sicherstellung eines guten Preis-Leistungs-Verhältnisses und zügigen, einfachen Verfahren zu
99 erreichen, sollte im Rahmen der anstehenden Revision nicht nur geprüft werden, wie
100 Vergaben einfacher gestaltet werden können, sondern auch eine Anhebung der
101 Schwellenwerte, ab denen eine europaweite Ausschreibung erforderlich ist.

102 Die EU hat ehrgeizige Klimaziele und Maßnahmen zu deren Erreichung beschlossen. Bei der
103 Umsetzung dieser Maßnahmen müssen wir sicherstellen, dass sie nicht zu einer
104 Deindustrialisierung führen. Wenn die Klimapolitik zu einem Hindernis für
105 Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum wird, wird sie nicht nur die Unterstützung der
106 europäischen Bürgerinnen und Bürger verlieren; vielmehr besteht auch das Risiko, dass die
107 globalen Emissionen steigen, weil Produkte in anderen Regionen der Welt mit höheren
108 Emissionen hergestellt werden. Die Verfügbarkeit von bezahlbarer und disponibler Energie ist
109 eine entscheidende Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung. Heute sind die
110 Strompreise in der EU zwei- bis dreimal so hoch wie in den USA, während die Erdgaspreise
111 vier- bis fünfmal so hoch sind. Deshalb müssen wir alle verfügbaren Energielösungen durch
112 einen technologieneutralen Ansatz, einschließlich erneuerbarer Energien, Kernenergie,
113 Wasserstoff, Bioenergie und Kohlenstoffabscheidung, -nutzung und -speicherung, nutzbar
114 machen.

115 Das EU-Emissionshandelssystem (ETS) ist ein einfaches und effizientes marktbasierendes
116 Anreizsystem, für mehr Effizienz und Reduktion der Kohlenstoffemissionen. Es hat sich
117 bewährt. Es besteht jedoch kein Bedarf an zusätzlicher, exzessiver Regulierung wie einer
118 Renovierungspflicht für Hausbesitzer. Wir sind auch nicht für ein separates Ziel für den Anteil

119 der „erneuerbaren Energien“. Es sollte in der Kompetenz der Mitgliedstaaten liegen, zu
120 entscheiden, mit welchen Technologien sie die Klimaziele erreichen wollen.

121 Wir fordern die Europäische Kommission auf, einen Vorschlag für Maßnahmen zur Erhaltung
122 der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie vorzulegen. Dieser sollte
123 insbesondere Entlastungsmaßnahmen zur Vermeidung möglicher Geldbußen bei
124 Nichterreichen der Emissionsziele für 2025 enthalten. Als Reaktion auf die hohen
125 Energiepreise sollte ein größerer Anteil der ETS-Einnahmen für energieintensive Industrien
126 vorgesehen werden, beispielsweise zur Förderung von grünem Wasserstoff oder Lösungen
127 zur Kohlenstoffabscheidung und -speicherung. In diesem Zusammenhang begrüßen wir den
128 Plan der Kommission für einen „Clean Industrial Deal“, der diese Bedenken ausräumen und
129 ein klares Signal setzen soll, dass Europa sein Wettbewerbs- und Produktivitätsproblem mit
130 einem pragmatischeren Ansatz angehen wird. Der Carbon Border Adjustment Mechanism
131 (CBAM) muss ebenfalls auf seine Auswirkungen auf die Bürokratie und die
132 Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen Sektoren unserer Wirtschaft hin überprüft werden.

133 Wenn wir wollen, dass die EU neues Wachstum und neue Arbeitsplätze schafft, müssen sich
134 die Europäische Kommission, aber auch das Europäische Parlament, der Rat und die
135 nationalen und lokalen Behörden in Bezug auf jede neue Regulierung selbst beschränken.
136 Dies erfordert eine neue Denkweise. Nicht aus jeder guten Idee muss ein neues Gesetz
137 werden - die EU sollte sich auf die großen Themen konzentrieren, anstatt jeden Lebensbereich
138 zu regulieren. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Erfolgsgeschichte der EU der letzten
139 Jahrzehnte auch in Zukunft fortgeschrieben werden kann.